



Die Stadtverordnetenversammlung  
- Ausschuss für Planung, Bau und Verkehr -

## Tagesordnung I Punkt 4 der öffentlichen Sitzung am 21. März 2017

Vorlagen-Nr. 17-F-21-0006

### **Raddirektverbindung Mainz - Wiesbaden**

**- Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD und CDU vom 13.03.2017 -**

Das Radverkehrskonzept aus dem Jahr 2015 schlägt vor, einer schnellen Raddirektverbindung zwischen den beiden Landeshauptstädten aufgrund der großen funktionalen Verflechtungen sowie der geringen Distanz eine hohe Priorität einzuräumen.

Die bereits erfolgten Planungsüberlegungen haben wertvolle Erkenntnisse über Möglichkeiten und Grenzen der Trassierungen im Salzachtal erbracht. Sie haben gleichzeitig eine Reihe von Problempunkten aufgezeigt.

Die City-Bahn Trassierung sowie die Neuplanung der Salzbachbrücke (A 66) haben Auswirkungen auf die „Expressroute“ im Bereich der Autobahnbrücke. Außerdem weist die „Expressroute“ Probleme an den Engstellen und am Amöneburger Kreisel auf.

Der Ausschuss möge beschließen:

1. Der Magistrat wird gebeten,

1.1 eine vertiefte Machbarkeitsstudie mit Schwerpunkt auf der verkehrlichen Führung inkl. klarer Routenempfehlung für eine komfortable, weitgehend separat geführte, länderübergreifende Raddirektverbindung zwischen Wiesbaden und Mainz zu beauftragen.

Dabei ist zu berücksichtigen:

- Die Überprüfung und ggfs. Aktualisierung der bereits im Grundsatz beschlossenen „Expressroute“ gem. Beschluss Nr. 0062 der StVV vom 03.03.2016
- Die Weiterführung bis zum Rheinübergang
- Sicherstellen der Förderfähigkeit im Rahmen von Landes- und Bundesprogrammen durch Herstellen der entsprechenden Planungstiefe.

1.2. die notwendigen Abstimmungsprozesse zur Realisierung des Abschnitts vom Hauptbahnhof bis zum Theodor-Heuß-Ring (z.B. Grundstücksverfügbarkeiten) konsequent weiterzuführen, um weitere Verzögerungen der Realisierung der derzeit priorisierten Radwegeverbindung zu vermeiden.

2. Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen,

dass der Magistrat für das laufende Jahr 2017 außerplanmäßig Mittel in Höhe von bis zu 40.000 Euro bereitstellt und für die vertiefte Machbarkeitsstudie verwendet. Die Deckung erfolgt aus den zusätzlichen Mitteln des Kommunalen Finanzausgleichs für 2017.

## Beschluss Nr. 0050

1. Der Magistrat wird gebeten,

1.1 eine vertiefte Machbarkeitsstudie mit Schwerpunkt auf der verkehrlichen Führung inkl. klarer Routenempfehlung für eine komfortable, weitgehend separat geführte, länderübergreifende Raddirektverbindung zwischen Wiesbaden und Mainz zu beauftragen.

Dabei ist zu berücksichtigen:

- Die Überprüfung und ggfs. Aktualisierung der bereits im Grundsatz beschlossenen „Expressroute“ gem. Beschluss Nr. 0062 der StVV vom 03.03.2016
- Die Weiterführung bis zum Rheinübergang
- Sicherstellen der Förderfähigkeit im Rahmen von Landes- und Bundesprogrammen durch Herstellen der entsprechenden Planungstiefe.

1.2. die notwendigen Abstimmungsprozesse zur Realisierung des Abschnitts vom Hauptbahnhof bis zum Theodor-Heuß-Ring (z.B. Grundstücksverfügbarkeiten) konsequent weiterzuführen, um weitere Verzögerungen der Realisierung der derzeit priorisierten Radwegeverbindung zu vermeiden.

2. Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen,

dass der Magistrat für das laufende Jahr 2017 außerplanmäßig Mittel in Höhe von bis zu 40.000 Euro bereitstellt und für die vertiefte Machbarkeitsstudie verwendet. Die Deckung erfolgt aus den zusätzlichen Mitteln des Kommunalen Finanzausgleichs für 2017.

## Tagesordnung II zu Ziffer 2

Frau Stadtverordnetenvorsteherin  
mit der Bitte um Kenntnisnahme  
und weitere Veranlassung  
zu Ziffer 1

Wiesbaden, .03.2017

Kessler  
Vorsitzender

Die Stadtverordnetenvorsteherin

Wiesbaden, .03.2017

Dem Magistrat  
mit der Bitte um Kenntnisnahme  
und weitere Veranlassung

Gabriel  
Stadtverordnetenvorsteherin

Der Magistrat  
- 16 -

Wiesbaden, .03.2017

Dezernat IV  
mit der Bitte um weitere Veranlassung  
zu Ziffer 1

Gerich  
Oberbürgermeister